

**NDR Info Das Forum**

**14.07.2018 /19.05-19.50 Uhr**

**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**

**15.07.2018 /12.05-13.00 Uhr**

Andreas Flocken

E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)

[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

**50 Jahre Streitkräfte und Strategien**

Sicherheitspolitik – ein halbes Jahrhundert kritisch betrachtet.

Unter anderem:

- KSZE-Prozess und Schlussakte von Helsinki
- Sogenannter Nachrüstungsbeschluss und Pershing 2-Stationierung
- Das schwierige Verhältnis der NATO zu Moskau
- Deutsche Einheit und die Abwicklung der DDR-Streitkräfte
- Serbischer Hufeisenplan auf dem Balkan?
- Oberst Klein und der Luftschlag bei Kundus
- Marine-Krisenmanagement während der Gorch-Fock-Affäre
- Dauer-Debatte über Innere Führung

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

**Flocken**

Willkommen zu einer Sonderausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßen Sie Andreas Flocken

**Hagen**

und Joachim Hagen.

**Flocken**

Der Grund für die heute etwas längere Sendung: die Sendereihe Streitkräfte und Strategien feiert Geburtstag. In diesem Monat wurde sie 50 Jahre alt. Am 8. Juli 1968 hatte sie Premiere. Die Beiträge der Sendung wurden in den 1960er und Anfang der 1970er Jahre noch von Sprechern bzw. Sprecherinnen präsentiert. Das hörte sich dann lange Zeit so an:

### O-Ton

„Norddeutscher Rundfunk 1. Programm, Streitkräfte und Strategien. Sie hören eine Sendung zur Verteidigungs- und Bündnispolitik. Heute mit den Themen: Die sowjetischen Bemühungen um ein asiatisches Sicherheitssystem. Forderungen der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr an die Bundeswehrführung - ein Interview mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Heinz Kluncker und Wolf Graf von Baudissin. Und zum Schluss eine Glosse: Warum die Amerikaner im Vietnamkrieg nicht besser abschneiden.“

### Hagen

Übernommen wurde die Sendung damals auch vom WDR – bis Anfang der 1990er. Damit war die Reihe auch in der damaligen Hauptstadt Bonn zu hören, insbesondere auf der Hardthöhe, dem Sitz des Verteidigungsministeriums, hörte man so manches Mal interessiert zu. Denn die Sendereihe Streitkräfte und Strategien ist bis heute die einzige Hörfunksendung in der ARD, die sich regelmäßig mit Fragen der Sicherheits- und Militärpolitik auseinandersetzt - alle 14 Tage, jeweils 30 Minuten.

### Flocken

Gründer der Sendereihe war der 2002 verstorbene Journalist Bernhard Würdehoff. Würdehoff kam 1967 zum NDR Hörfunk und war von 1969 bis 1975 stellvertretender Chefredakteur. Außen- und Sicherheitspolitik waren sein Steckenpferd – ein Bereich, der aus Sicht von Würdehoff damals zu wenig Beachtung fand. Längere Analysen sollten daher die Nachrichten und die Aktuell-Berichterstattung ergänzen und vertiefen.

Der NDR-Hörfunk hatte sich zuvor bereits in einer losen Reihe regelmäßig mit der Bundeswehr beschäftigt. „20 Minuten für Wehrpflichtige“ - so lautete damals der Titel. Die neue Sendereihe sollte sich allerdings nicht allein auf die Bundeswehr konzentrieren, sondern breiter angelegt sein: Deshalb auch der Titel „Streitkräfte und Strategien“. Das hört sich zunächst einmal sehr martialisch an. Doch die Reihe hat sich nie als Resonanzboden des Verteidigungsministeriums oder der offiziellen Außen- und Sicherheitspolitik verstanden. Im Gegenteil. Der Anspruch war, Militär- und Sicherheitspolitik kritisch zu begleiten, auf Probleme oder Widersprüche hinzuweisen.

## Hagen

1971 übergab Bernhard Würdehoff die Sendereihe an Karl-Heinz Harenberg. 30 Jahre lang war Harenberg verantwortlicher Redakteur von Streitkräfte und Strategien - bis zu seiner Pensionierung 2001. In dieser Zeit hat er die Sendung entscheidend geprägt. Er stellte immer wieder unbequeme und kritische Fragen, hinterfragte offizielle Positionen der Militär- und Sicherheitspolitik. Manchmal sehr zum Ärger der Vertreter der Bundesregierung oder aber der Bundeswehr. Am Rande von NATO-Tagungen kam es schon mal vor, dass der damalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Wolfgang Altenburg, mit einem Sendemanuskript in der Hand, heftig mit Karl-Heinz Harenberg über bestimmte Textpassagen diskutierte. Altenburg hat Harenberg dann auch als einen „schwierigen Journalisten“ bezeichnet. Zugleich schätzte der Vier-Sterne-General aber auch den Redakteur Harenberg - weil die von ihm betreute Sendereihe einen wichtigen Beitrag leistete zur Streitkultur über die Sicherheitspolitik.

## Flocken

Sich mit anderen Positionen kritisch auseinanderzusetzen - diesen Anspruch hat die Führungsakademie der Bundeswehr. Die höchste Ausbildungsstätte der Streitkräfte nutzt die Manuskripte der Sendereihe daher auch für ihre Ausbildung. Die Generalsschmiede hat den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonniert - auch wenn die Beiträge der Sendung mit der Bundeswehr oftmals sehr kritisch ins Gericht gehen. Der Dozent an der Führungsakademie, Oberstleutnant Thorsten Kodalle:

## O-Ton Kodalle

„Wir begrüßen konstruktive Kritik. Für jede Großorganisation ist es wichtig, dass man nicht nur seine eigene Meinung hat, sondern auch kritische Reflexion von außen bekommt. Und gerade Streitkräfte und Strategien ist ja nicht nur thesenstark, sondern vor allem auch recherchestark und von daher ein ganz wichtiger Impulsgeber (....) Also ich nutze die Manuskriptserie sehr gerne als Primärquelle in meiner Ausbildung - einfach weil es - aus meiner Sicht - die am besten recherchierte deutschsprachige Quelle für Sicherheitspolitik ist.“

## Hagen

Das Spektrum der behandelten Themen ist sehr breit. Es geht immer wieder um Aspekte der Inneren Führung der Bundeswehr, aber auch um internationale

Krisenherde und Konflikte. Zu hören waren u.a. Beiträge über rechtsextremistische Tendenzen in den Streitkräften, es ging um Soldaten, die ihr Recht auf Gewissensfreiheit durchsetzten, Spitzenoffiziere, die in den Ruhestand versetzt wurden oder aber zuvor selbst ihren Rücktritt eingereicht hatten. Themen waren zudem immer wieder Skandale und Affären – u.a. der Tod von Soldaten auf der Gorch Fock und einer Fregatte. In den vergangenen 50 Jahren beschäftigte sich die Sendereihe zudem mit der Amtsführung von insgesamt 14 Verteidigungsministern.

### Flocken

Der Fall der Mauer und das Ende der Ost-West-Konfrontation nahmen ebenfalls einen breiten Raum bei den Analysen ein, genauso wie die völkerrechtswidrige Inbesitznahme der Krim durch Russland und die damit verbundenen Folgen für das Ost-West-Verhältnis. Es ging um die Aussetzung der Wehrpflicht und ihre weitreichenden Konsequenzen, um Auslandseinsätze, die zunehmend zur Hauptaufgabe der Bundeswehr wurden. Und immer wieder musste sich die Sendereihe Streitkräfte und Strategien mit Rüstungsprojekten beschäftigen – mit dem Mehrzweckkampfflugzeug MRCA Tornado, der Beschaffung der sogenannten Einsatzgruppenversorger für die Marine und natürlich dem Eurofighter und das Problem-Transportflugzeug A400M.

### Hagen

Ein zentrales Thema durchzog die Sendereihe aber von Anbeginn: Das Verhältnis der NATO-Staaten zur Sowjetunion bzw. zu Russland. Der Systemkonflikt und die Konfrontation zwischen Ost und West hatten damals zu einer massiven Aufrüstung und einem Rüstungswettlauf zwischen den beiden Blöcken geführt. Nach der Kuba-Krise 1962 wurde Moskau und Washington allerdings klar, dass schon ein kleiner Zwischenfall zu einem Atomkrieg führen könnte. Auf beiden Seiten gab es das Interesse, die Rüstungsspirale zu verlangsamen und zu kontrollieren. Es kam zu ersten Entspannungssignalen. Erinnerung sei an die Einrichtung einer Hotline zwischen Washington und Moskau. Und 1968 wurde der sogenannte Atomwaffensperrvertrag von den beiden Supermächten sowie Großbritannien auf den Weg gebracht. Später kamen die Atommächte Frankreich und China dazu.

### Flocken

Mit dieser Vereinbarung wurde das gemeinsame Interesse unterstrichen, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Doch diese Bemühungen waren nicht erfolgreich. Heute gibt es insgesamt neun Atommächte. Neben den fünf offiziellen Nuklearstaaten verfügen inzwischen - trotz Atomwaffensperrvertrags - vier weitere Länder über Nuklearwaffen: Israel, Indien, Pakistan sowie Nordkorea. Nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomdeal mit dem Iran könnten noch mehr Staaten folgen.

### Hagen

Anfang der 1970er Jahre einigten sich die USA und Moskau schließlich auf die Begrenzung ihrer strategischen Atomwaffen. SALT hieß der Vertrag. Die Abkürzung steht für Strategic Arms Limitation Talks. Folgeabkommen wurden unterzeichnet: SALT 2, der sogenannte START-Vertrag und unter Obama der NEW START-Vertrag - alles Vereinbarungen, mit denen sich die Sendereihe Streitkräfte und Strategien regelmäßig auseinandersetzte. In den 1970er Jahren gab es auch in Europa ernsthafte Entspannungsbemühungen – nicht zuletzt eine Konsequenz der eingeleiteten deutschen Ostpolitik. Angestrebt wurde eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

### Flocken

Ein langer Prozess. 1975 kam es schließlich in Helsinki zur Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte. Eine Zäsur und ein bahnbrechender Erfolg der Entspannungspolitik. Die Abkürzung KSZE steht für „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Bundeskanzler Helmut Schmidt war damals hoch zufrieden.

### O-Ton Schmidt

„Zum ersten Mal sind hier in den Dokumenten dieser Konferenz wichtige Formeln des Friedens, Formeln des Friedens durch Entspannung und Zusammenarbeit von den Staaten in Ost und West als gemeinsame politische Absicht niedergeschrieben worden. Und damit sind Maßstäbe gesetzt worden. Hier in Helsinki bekräftigt Europa gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika einen neuen Schritt auf dem Wege zur Stabilisierung des Friedens. Dies ist ein Weg, auf dem wir mit Geduld und Beharrlichkeit und ohne uns durch Rückschläge entmutigen zu lassen, Schritt für Schritt weitergehen müssen.“

## Hagen

Ost und West setzten auf Vertrauensbildung. Beide Seiten hatten das gemeinsame Interesse, eine militärische Konfrontation und eine Eskalation zu verhindern. Auf militärischer Seite war man um Vertrauensbildung bemüht. Transparenz war damals ein Stichwort. Militärübungen sollten von einer bestimmten Größe an vorher angekündigt werden. Außerdem kamen beide Seiten überein, bei Manövern mit einer Beteiligung von 25.000 und mehr Soldaten, Militärbeobachter einzuladen.

## Flocken

Zwischen Warschauer-Pakt und den NATO-Staaten hatte es bereits vor dem KSZE-Gipfel erste Gespräche über eine Reduzierung der konventionellen Waffen gegeben. Diese sogenannten MBFR-Gespräche waren ebenfalls Thema in Streitkräfte und Strategien. Die Weichen für die Entspannung in Ost und West waren auf NATO-Seite bereits 1967 durch den sogenannten Harmel-Bericht gestellt worden. Der Report – genannt nach dem damaligen belgischen Außenminister Pierre Harmel – war ein äußerst wichtiges Dokument. So sieht es der langjährige Autor unserer Sendereihe, Otfried Nassauer:

## O-Ton Nassauer

„Der Bericht gibt eine doppelte Antwort. Er betrachtete Sicherheitspolitik nicht mehr primär als Politik militärischer Stärke, sondern ergänzte sie durch Dialogbereitschaft und Entspannung. Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und später Abrüstung sollten einen gleichberechtigten Platz in der Politik der NATO bekommen. Die Medaille hatte jetzt zwei Seiten: Militärische Abrüstung und Entspannung.“

## Hagen

Zugleich befürchteten damals aber insbesondere die USA, dass die Rüstungsanstrengungen nachlassen könnten. Heute wird über das Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben, heftig gestritten. Damals hatten die NATO-Länder sogar drei Prozent als Zielmarke ausgegeben. Trotzdem war die Debatte hierüber in jener Zeit wesentlich gelassener als heute – trotz der Ost-West-Konfrontation machten die USA in den 1970er und 80er Jahren nicht ganz so viel Druck wie heute US-Präsident Trump. Der damalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Wolfgang Altenburg, 1986 im Streitkräfte und Strategien-Interview:

### O-Ton Altenburg

„Die drei Prozent, die in der NATO einmal vereinbart worden sind, als Zuwachs real, sind eine Bemühensklausel. Und ich würde mich natürlich freuen, wenn wir uns bemühen, Zuwächse zu haben, die es uns erleichtern, die konventionelle Fähigkeit so zu verbessern, dass wir hier inhärent in der konventionellen Fähigkeit ein ausreichendes Risiko für einen Aggressor sind.“

### Flocken

Nicht nur die konventionellen Streitkräfte der NATO sollten modern und schlagkräftig bleiben, sondern auch die nuklearen Fähigkeiten. Die Sendereihe Streitkräfte und Strategien beschäftigte sich Ende der 1970er und 1980er Jahre immer wieder mit dem umstrittenen NATO-Beschluss, als Reaktion auf die Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen mit der Aufstellung von Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen zu antworten. Von der Nachrüstung bzw. dem NATO-Doppelbeschluss war die Rede. Denn die NATO-Entscheidung vom Dezember 1979 enthielt auch ein Abrüstungsangebot. In Streitkräfte und Strategien wurde u.a. die Entstehungsgeschichte der Stationierungsentscheidung kritisch beleuchtet. Ein Beitrag thematisierte im November 1981 die Rolle von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der SPD-Politiker gilt als der eigentliche Vater der Nachrüstung, weil er damals frühzeitig auf eine vermeintliche Raketenlücke im Mittelstreckenbereich und ihre Folgen hingewiesen hatte. Aber wollte Helmut Schmidt auch die Stationierung von zusätzlichen US-Raketen? Damals hieß es in einem Beitrag der Sendereihe Streitkräfte und Strategien:

### Zitat Friedenberg

„Obwohl sich Helmut Schmidt wiederholt als Initiator des NATO- Doppelbeschlusses bekannt hat, einschließlich des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses, sind doch Zweifel daran nie verstummt, ob er die folgende Entwicklung so gemeint und so gewollt hat. Es wirkte daher kaum überraschend, als die Tageszeitung DIE WELT vor einigen Tagen meldete, Bundeskanzler Schmidt sei nie für eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik eingetreten; vielmehr - so habe er gegenüber amerikanischen Journalisten erklärt - hätte sein Hinweis von 1977 auf die sowjetische Überlegenheit im nuklearen Mittelstreckenbereich nur den Zweck gehabt, Verhandlungen mit Moskau darüber anzuregen.“

Die Stationierung landgestützter US-Mittelstreckenraketen in Europa also nur ein Missverständnis?

## Hagen

In einem weiteren Beitrag ging es um die Auswirkungen der sogenannten Nachrüstung auf die NATO-Strategie der Flexible Response. Eine Woche vor dem Beginn der Stationierung der ersten US-Raketen in Europa äußerte sich der Autor sehr skeptisch, ob die angestrebte Null-Lösung, also die Beseitigung der sowjetischen SS-20 Raketen über den Verhandlungsweg, Realität werden könnte. Begründet wurde diese Skepsis mit den Modernisierungsplänen der NATO, insbesondere der USA unter Präsident Reagan - aber auch mit dem strategischen Konzept des Bündnisses:

## Zitat Friedenberg

„Die Zweifel daran, dass US-Präsident Ronald Reagan mit seiner Rede am vergangenen Mittwoch ein ernsthaftes Verhandlungsziel der NATO-Supermacht bekanntgemacht habe, ergeben sich nicht nur aus den bisherigen Äußerungen der amerikanischen Regierung, die des Präsidenten eingeschlossen. Immerhin sind die Sowjets aus amerikanischer Sicht Politiker, die kein Verbrechen scheuen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen; und nicht zuletzt: die USA halten an ihrem Rüstungsprogramm fest, wie Verteidigungsminister Caspar Weinberger nach der Rede seines Präsidenten noch einmal versicherte. Dazu gehört ein – selbst von Rüstungskritikern übersehener – umfangreicher Modernisierungsplan für die sogenannten atomaren Gefechtsfeldwaffen in Europa, den die NATO bereits im Frühjahr 1978 beschlossen hat. Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Reaganschen Planes ergeben sich vielmehr auch aus der strategischen Konzeption des Bündnisses.“

## Flocken

Die damalige Nachrüstungsdebatte polarisierte Deutschland. Die Friedensbewegung hatte ihre Hochzeit, sie brachte hunderttausende auf die Straße. Die Stationierung von Pershing-2-Raketen versuchten Friedensaktivisten mit Sitzblockaden vor US-Stützpunkten zu verhindern. Auch die rechtlichen Aspekte wurden thematisiert, beispielweise durch den Völkerrechtler Norman Paech. Er wurde später für die „Linkspartei.PDS“ in den Bundestag gewählt. Nach Auffassung von Paech und anderen Völkerrechtlern war die Stationierung der Raketen verfassungswidrig, wie Paech in einem Streitkräfte und Strategien-Interview damals ausführte:

## O-Ton Paech

„Wenn wir uns den Artikel 6 im Wortlaut ansehen, so sagt er, dass Handlungen, die geeignet sind, und in der Absicht vorgenommen werden, dass friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, dass solche Handlungen verfas-



sungswidrig sind. Und nun gehen wir als Juristen von der wirklich neuen Qualität dieses Nachrüstungsbeschlusses aus, indem wir den anerkannten Friedensforschern folgen, dass wir nämlich meinen, dass die Pershing-Raketen Erstschlagswaffen sind. Und wenn wir das so interpretieren, den Tatbestand derart haben, dann müssen wir sagen, dass solche Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik unmittelbar angesichts der DDR und der Sowjetunion, Waffen sind, die das friedliche nebeneinanderleben der Völker stören können. Da ziehen wir eigentlich nur die Konsequenz aus diesem Artikel, der bislang so unbekannt gewesen ist, aber den wir jetzt gerne im öffentlichen Bewusstsein bekannter machen wollen.“

### Hagen

Von der Nachrüstungsdebatte blieb auch die Bundeswehr nicht unberührt. Der Kommandeur der 12. Panzerdivision, General Gert Bastian, sah den NATO-Beschluss kritisch, und bat um seine Entlassung aus der Bundeswehr. In Streitkräfte und Strategien äußerte der Spitzenoffizier seine Bedenken gegen die NATO-Entscheidung. Für den Zwei-Sterne-General ging von den stationierten sowjetischen SS-20-Raketen keine neue Bedrohung aus.

### O-Ton Bastian

„Die Modernisierung dieses Potenzials auf Seite der UdSSR schafft ja keineswegs eine grundsätzlich neue Lage. Und auch grundsätzlich keine neue Bedrohung. Und deswegen sehe ich die Maßnahme, die der Westen gegen die Modernisierung für nötig gehalten hat, nämlich nun auch ein nukleares Mittelstreckenpotenzial in Mitteleuropa zu stationieren mit Reichweiten bis in die UdSSR hinein, als eine Gefährdung der bisher herrschenden Ausgewogenheit. Und genauso ist es ja vom Osten gesehen und qualifiziert worden. Deswegen ja auch die sehr schroffe Reaktion auf die Ankündigung des Beschlusses und die, wie nicht anders zu erwarten gewesen war, dann auch schroffe Reaktion auf den Vollzug des Beschlusses.“

### Flocken

Parallel zur Stationierung der US-Raketen verhandelten Washington und Moskau über den Abbau der Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten. Die Bundesregierung hatte sich immer für eine Null-Lösung stark gemacht. Offenbar strebte man dabei zunächst an, lediglich die Stationierung der neuen SS-20-Raketen rückgängig zu machen, und nicht die ebenfalls vorhandenen älteren sowjetischen Mittelstreckenwaffen. Das war jedenfalls die Position von Klaus von Dohnanyi, der während des Doppelbeschlusses Staatsminister im Auswärtigen Amt war. 1983 – in Genf waren gerade die Verhandlungen zwischen den

USA und der Sowjetunion über die Mittelstreckenraketen abgebrochen worden  
- erläuterte der SPD-Politiker noch einmal diese Sichtweise:

#### O-Ton Dohnanyi

„Die Ausgangslage für die Nachrüstungsdebatte war die Entwicklung der SS-20 und ihre Stationierung. Zugleich aber war seit Jahren ein Ungleichgewicht in Europa hinsichtlich der Mittelstreckenwaffen zugunsten der Sowjetunion akzeptiert, nämlich durch die SS-4 und SS-5. Dem standen wiederum gegenüber Überlegenheiten der Vereinigten Staaten im Bereich der strategischen Waffen, also der interkontinentalen Waffen. Wir dürfen nicht in eine Lage kommen, in der wir die strategischen Gewichte vor 1977 verändern wollen, also bevor die SS-20 stationiert wurde oder quantitativ spürbar stationiert wurde. Worauf es ankommt ist, das Ungleichgewicht, das durch die Stationierung der SS-20 zum Teil sogar zusätzlich zu SS-4 und SS-5, entstanden ist, wieder zurückzuführen. Und dazu muss die Sowjetunion einen Beitrag leisten.“

#### Hagen

Nach Klaus von Dohnanyi verstand die Bundesregierung also unter der angestrebten Nulllösung lediglich, die Aufstellung der neuen SS-20 rückgängig zu machen. Das 1987 schließlich von US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow unterzeichnete sogenannte INF-Abkommen ging dann aber noch einen Schritt weiter. Es verschwanden nicht nur die landgestützten SS-20, sondern auch die älteren Modelle vom Typ SS-4 und SS-5.

Das INF-Abkommen gilt bis heute als Meilenstein der Rüstungskontrolle. Die Zukunft der Vereinbarung ist allerdings ungewiss. Denn inzwischen werfen sich Moskau und Washington gegenseitig vor, den Vertrag zu verletzen. Der Streitkräfte und Strategien-Autor Otfried Nassauer:

#### O-Ton Nassauer

„Die Amerikaner sagen, Russland stationiere einen landgestützten Marschflugkörper verbotener Reichweite, und entwickle zudem eine Mittelstreckenrakete, die man als Interkontinentalrakete tarne. Die Belege dafür sind aber nicht öffentlich. Moskau dagegen wirft Washington u.a. vor, für seine Raketenabwehr in Europa genau die Startgeräte zu benutzen, mit denen man auch Langstreckenmarschflugkörper abschießen kann.“

Die Zukunft des einstigen Vorzeige-Vertrags ist also ungewiss.

## Flocken

In den 1980er Jahren wurde nicht nur heftig über die Stationierung neuer Atomwaffen in Europa gestritten. Die Empörung war groß, als 1981 die US-Regierung Planungen bekanntgab, eine Neutronenwaffe zu produzieren. Gedacht war, das System in Europa zu stationieren - genauer, in Deutschland. Ein Waffensystem, das Menschen tötet, aber die Gebäude und Infrastruktur intakt ließ. Von der „Perversion menschlichen Denkens“ war die Rede.

## Hagen

Warum diese Waffe? In der Sendereihe Streitkräfte und Strategien wurde nach der Rolle der Bundesregierung gefragt, insbesondere der von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der hatte sich nämlich hierzu öffentlich geäußert. Schmidt räumte ein, dass sich die Bundesregierung schon drei Jahre zuvor mit dieser Frage befasst habe. Und man war nicht grundsätzlich gegen die Neutronenwaffe:

## O-Ton Schmidt

„Wir haben uns 78 damit sorgfältig beschäftigt und haben damals im Bundeskabinett gesagt: Die Entscheidung, eine solche Waffe zu produzieren, muss eine amerikanische Entscheidung sein, eine Entscheidung der Atommacht. Und das zweite Element war, wenn es zu einer solchen amerikanischen Entscheidung kommen sollte, dann muss geprüft werden, wie dies eingebracht werden kann, in die Rüstungskontrollpolitik, die ja ein Teil der allgemeinen Sicherheitspolitik ist, wie es zu Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten über diese neue Neutronenwaffe kommen kann. Und drittens haben wir damals 1978 gesagt, dass wir uns eine Stationierung auf deutschem Boden - die gegenwärtig überhaupt nicht akut ist, über die ja gegenwärtig überhaupt nicht zu verhandeln ist - nur vorstellen könnten, unter ganz bestimmten Bedingungen: nämlich nicht nur auf deutschem, sondern auch auf anderem Boden, nur wenn das Bündnis dies gemeinsam so beschließen sollte.“

Zur diskutierten Stationierung der Neutronenbombe kam es dann aber doch nicht. Wohl auch wegen der öffentlichen Proteste.

## Flocken

Wenige Jahre später eine historische Zeitenwende: Der Fall der Mauer und die deutsche Einheit. Es folgte die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts. Russland war kein Gegner mehr, wurde zum Partner des Westens.

Die Erwartungen und Hoffnungen waren riesig. Die Rede war von einer neuen Sicherheitsarchitektur, die nun aufgebaut werden sollte.

Ausdruck dieser Euphorie war die Unterzeichnung der Charta von Paris 1990. Zwischen Russland und den westlichen Staaten sollte es einen Neubeginn geben. Friedensforscher – und nicht nur die – waren zuversichtlich, die KSZE, könnte das Fundament einer ganz neuen sicherheitspolitischen Ordnung werden.

### Hagen

Doch bekanntlich kam dann alles ganz anders. Die KSZE, 1995 in OSZE umbenannt, verlor immer mehr an Relevanz. Stattdessen blieb die von vielen schon totgesagte NATO weiterhin die Sicherheitsorganisation Nummer eins. Ehemalige Mitglieder des Warschauer Pakts wurden in mehreren Erweiterungsrunden in das westliche Verteidigungsbündnis aufgenommen. Ein Fehler – so sahen es viele Friedens- und Konfliktforscher wie Dieter S. Lutz, der damals in Streitkräfte und Strategien feststellte:

### O-Ton Lutz

„Unserer Ansicht nach ist es der falsche Weg, die NATO auszuweiten. Aber wir sind realistisch genug zu sehen, dass das Rad nicht mehr zurückgedreht werden kann. Also muss man Möglichkeiten finden, beides zu vereinbaren, damit das, was die NATO-Ausweitung mit sich bringt, auf der anderen Seite nicht Gefahr läuft, dass Russland ausgegrenzt wird. (...) Es gäbe natürlich einen Weg, die Bedenken zu konterkarieren. Das wäre, Russland mit in den NATO-Rat aufzunehmen.“

### Flocken

Zu der Aufnahme Russlands in die NATO kam es natürlich nicht, wenngleich es durchaus ernsthafte und prominente Stimmen gab, die sich dafür stark gemacht hatten. Der Westen versuchte russische Befürchtungen gegen die NATO-Osterweiterung 1997 mit der Unterzeichnung der Grundakte und der Einrichtung des NATO-Russland-Rats entgegenzuwirken. Denn Moskau fühlte sich trotz der massiven Umwälzungen weiterhin als Weltmacht und auf Augenhöhe mit den USA. Der Kreml fühlte sich allerdings zunehmend vom Westen nicht ernstgenommen. Russische Sicherheitsinteressen würden nicht berücksichtigt. Über diese Wahrnehmung wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig in Streitkräfte und Strategien berichtet.

Wie unzufrieden Moskau mit dieser Entwicklung war, machte Wladimir Putin 2001 in seiner Rede vor dem Bundestag deutlich.

#### O-Ton Putin

„Trotz allem Positiven, das in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurde, haben wir es bisher nicht geschafft, einen effektiven Mechanismus der Zusammenarbeit auszuarbeiten. Die bisher ausgebauten Koordinationsorgane geben Russland keine realen Möglichkeiten, bei der Vorbereitung der Beschlussfassung mitzuwirken. Heutzutage werden Entscheidungen manchmal überhaupt ohne uns getroffen. Wir werden dann nachdrücklich gebeten, sie zu bestätigen.“

#### Hagen

Doch Putins Mahnung zu mehr Mitsprache verhallte ungehört. Daran änderte auch die Zusammenarbeit im NATO-Russland-Rat wenig. Im Streit um die Raketenabwehr gab es keine Lösung. Der Westen ließ alle Bemühungen Russlands, die OSZE zu stärken, ins Leere laufen. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 kritisierte Putin diese Entwicklung scharf. Der russische Präsident machte klar, dass Moskau auch national dafür sorgen könne, dass seine Sicherheitsinteressen gewahrt blieben.

#### Flocken

Der Umsturz in der Ukraine und die Annexion der Krim durch Russland 2014 führte schließlich zum Bruch zwischen dem Westen und Moskau. Von einer Eiszeit ist seitdem die Rede. Sanktionen wurden verhängt. Russland ist für die NATO mittlerweile kein Partner mehr. NATO-Truppen sind in den osteuropäischen Staaten präsent, sollen Russland abschrecken und den östlichen Mitgliedsländern Sicherheit geben.

Streitkräfte und Strategien-Autor Otfried Nassauer sagt heute rückblickend zu dieser Entfremdung:

#### O-Ton Nassauer

„Zu diesem Vertrauensverlust haben beide Seiten beigetragen. Die NATO wurde immer weiter nach Osten ausgedehnt, führte Krieg gegen Serbien, und machte die Begrenzung konventioneller Rüstung von zusätzlichen Zugeständnissen Russlands abhängig. Der NATO-Russland-Rat wurde kein wirkliches Instrument der Abstimmung über europäische Sicherheitsfragen. Mit Russland

wurde nur über das geredet, wo sich alle NATO-Staaten bereits auf eine einheitliche Position festgelegt hatten. Russland legte die konventionelle Abrüstung dann auch auf Eis und intervenierte in Georgien und übernahm schließlich die Krim.“

### Hagen

Abschreckung und Dialog heißt seitdem die Devise der NATO. Wobei der Schwerpunkt auf der Abschreckung und den militärischen Instrumenten liegt. Die Militärausgaben steigen. Mancher spricht sogar von einem neuen Rüstungswettlauf. Otfried Nassauer:

### O-Ton Nassauer

„Wir erleben die Anfänge militärischen Muskelspiels, aber ohne Dialog. Seit der Krise in der Ukraine finden immer mehr politische Akteure Gefallen daran, die Schuld ausschließlich beim anderen zusehen. Das ist in Russland so, aber auch im Westen. Und es ist ein bequemer Weg, wenn man mehr Geld für militärische Sicherheit locker machen will.“

Die Lehren des Harmel-Berichts seien inzwischen vergessen worden. Man wolle wieder Sicherheit *vor* Russland und nicht *mit* Russland.

### Flocken

Der Fall der Mauer und die deutsche Einheit waren damals eine Zäsur – auch für die Bundeswehr. Was tun mit den Soldaten der ehemaligen DDR? In Streitkräfte und Strategien war das damals ein wichtiges Thema. Die Bundeswehr spricht heute noch gerne von der „Armee der Einheit“. Damit aber werden die damaligen Ereignisse verklärt und in ein falsches Licht gerückt. Denn die Nationale Volksarmee, die NVA, wurde abgewickelt und mit ihr die Masse der Soldaten. Nur wenige bekamen in der Bundeswehr eine Chance.

„Die NVA wird liquidiert“ lautete einen Monat vor der deutschen Einheit die Schlagzeile eines Beitrages der Sendereihe Streitkräfte und Strategien. Der Autor stellte damals fest:

### Zitat

„Man räumt selbst den gutwilligsten Offizieren keine Chance ein, die NVA nach westdeutschem Muster zu demokratisieren und dann in die gesamtdeutsche Streitmacht einzubringen. Ihnen werden westdeutsche Offiziere vor die Nase gesetzt. Westdeutsche Offiziere und Beamte besetzen die Übernahmeausschüsse und wählen unter den Bewerbern aus. Ein Selbstreinigungsprozess der NVA wird so verhindert.“

### Hagen

Auch Rainer Eppelmann, in dieser Phase Abrüstungs- und Verteidigungsminister der DDR, erinnerte sich in einem Interview mit Streitkräfte und Strategien daran, dass Verteidigungsminister Stoltenberg am liebsten überhaupt keine NVA-Soldaten in die Bundeswehr übernommen hätte:

### O-Ton Eppelmann

„Da hat er, glaube ich, auch das wiedergegeben, was der Geist in der hohen Generalität der Bundeswehr damals gewesen ist, was auch zum Teil die Haltung im Kabinett von Helmut Kohl gewesen ist. (...) Ich habe ihm [Stoltenberg] dann aber zum Glück deutlich machen können, was für ein Potenzial an politischer oder auch militärischer Macht in dieser Nationalen Volksarmee steckt. Und zwar nicht nur innerhalb des Bündnisses, sondern auch als Machtpotenzial möglicher Unzufriedenheit.

(...) Das Konzept der Regierung Kohl sah an der Stelle zunächst keine Übernahme von NVA-Soldaten in die Bundeswehr vor. Ich versuchte Stoltenberg deutlich zu machen, wenn wir nach vorne blicken und klug sein wollen, wenn wir die Entwicklung, die revolutionäre Entwicklung in der DDR, sichern wollen, dass es tatsächlich zu gesamtdeutschen freien Wahlen kommt und zu einem vereinigten Deutschland kommt, dann werden wir möglichst viele [NVA-Soldaten] mitnehmen müssen - auch einen Teil von denen, die gestern noch zu den Säulen der SED und dieser Diktatur gehörten. Weil wir sonst riskieren, dass gar nichts rauskommt. (...)

Und ich habe den Eindruck gehabt, dass Stoltenberg diese von uns vorgetragenen Argumente mitgenommen hat. Und das hat dann tatsächlich auch zu einer Veränderung geführt und ein Stück Zustimmung im Kabinett Kohl und auch in der Spitze der Bundeswehr gefunden. (...) Stoltenberg und Eppelmann hatten zunächst eine Zahl von 15.000 [NVA-Soldaten] für die Bundeswehr ins Auge gefasst. Die haben wir nicht ganz erreicht, knapp 11.000 sind übernommen worden. Das sind etwas weniger. Und das lag wohl zu einem erheblichen Teil, nach all dem, was mir mitgeteilt worden ist - ich habe ja nicht dabeigesessen - offensichtlich an dem Widerspruch der Menschen um den damaligen Außenminister Genscher.“

### Flocken

Eine große Unzufriedenheit gab es auch bei den wenigen übernommenen Soldaten. Sie fühlten sich zurückgesetzt und benachteiligt, z.B. weil sie im

Dienstgrad heruntergestuft wurden. Eine Praxis die Jörg Schönbohm gegenüber der Sendereihe Streitkräfte und Strategien verteidigte. Schönbohm war damals Generalleutnant im Planungsstab des Verteidigungsministeriums und er war auf bundesdeutscher Seite an den Einigungsverhandlungen beteiligt:

#### O-Ton Schönbohm

„Die NVA, die etwa ein Drittel so groß war wie die Bundeswehr, hatte genau so viele Obersten wie die Bundeswehr. Sie hatte sehr viel mehr Stabsoffiziere als wir. Und dort waren Offiziere in jungen Jahren bereits Major, während sie in der Bundeswehr noch gar nicht Major sein konnten. Sie wurden also immer um die Dienstgrade herabgesetzt, die vergleichbar waren von der Laufbahnzeit und vom Alter her der Bundeswehr.“

#### Hagen

Der Begriff „Armee der Einheit“ wird auch heute noch in der Bundeswehr ganz offiziell benutzt. Dabei ist er deplatziert - jedenfalls aus Sicht der Betroffenen, findet z.B. Wilfried Schreiber, früher Oberst in der Nationalen Volksarmee der DDR:

#### O-Ton Schreiber

„Das ist eigentlich ein irreführender Begriff, der einen Anspruch suggeriert, der nicht der Realität entspricht. Wenn ich das mal an einem Beispiel deutlich machen kann: Eine Schlange verschlingt ein Kaninchen und sagt am Ende: ich bin die Schlange der Einheit. So ungefähr muss man sich das vorstellen. So wurde auch die Nationale Volksarmee von der Bundesrepublik und der Bundeswehr aufgenommen.“

Ungleiche Partner also, die nach dem Fall der Mauer zusammengekommen sind. Das bestreitet auch Jörg Schönbohm nicht – und antwortete ebenfalls mit einem Beispiel:

#### O-Ton Schönbohm

„Die Voraussetzungen waren ja nicht so, dass man sozusagen Coca Cola und Pepsi Cola zusammenführt, als Company, und macht daraus eins. Sondern es waren zwei Armeen mit einem unterschiedlichen Menschenbild, unterschiedlichen Vorstellungen und darum konnte die NVA nicht bestehen bleiben. Aber die Menschen, die sich der neuen Aufgabe gestellt haben und bereit waren, mitzumachen, haben eine Chance bekommen. Und das war die Idee.“



### Flocken

Eine Idee, die zwangsläufig nicht alle begeistern konnte. Als feststand, dass DDR und NVA aufhören würden zu existieren, gab es offenbar auch einige Stimmen in der DDR-Armee, die nicht kampflos aufgeben wollten. DDR-Staatssekretär Werner Ablaß, damals Stellvertreter von Abrüstungs- und Verteidigungsminister Eppelmann:

### O-Ton Ablaß

„In der NVA gab es eine kritische Phase. Das war nach Bekanntgabe der Ergebnisse des Einigungsvertrages. Ich habe noch am 31. August versucht, mit einem Fernschreiben an alle Truppenteile etwas besänftigend einzuwirken. Im September gab es so ein paar Gerüchte, ja, wenn wir jetzt den Krieg verloren haben, ob man doch noch mal vielleicht mit dem Säbel rasselt. Aber das ist nicht passiert. Die NVA und ihre Führung haben in der überwältigenden Mehrheit dieser ersten frei gewählten Regierung loyal gedient und haben das mitgetragen. Nicht freudig, das gebe ich gerne zu. Oft zähneknirschend. Aber sie haben es gemacht und dafür gesorgt, dass Waffen und Munition geordnet übergeben wurden.“

### Hagen

Mehr als 20 Jahre nach der Deutschen Einheit gibt es inzwischen praktisch kaum noch Probleme zwischen den Soldaten aus den alten und den neuen Bundesländern. Allerdings sorgte der jüngst verabschiedete Traditionserlass für Diskussionen. In dem Dokument wird die NVA auf eine Stufe mit der deutschen Wehrmacht gestellt. Das sorgte für viel Kritik. Der Militärgeschichtler Detlef Bald nahm in Streitkräfte und Strategien kürzlich kein Blatt vor den Mund:

### O-Ton Bald

„Wenn wir an die NVA denken und diese mit der Wehrmacht gleichsetzen, dann würde das ja nun diese Verbrechen, diese Unmenschlichkeit, den Vernichtungskrieg, den Rassismus einfach ausblenden. Im Text des Entwurfs steht, dass Traditionen nicht zulässig sind, wenn sie verbrecherische, rassistische und menschenverachtende Perspektiven zulassen. Das kann man aber nicht auf die NVA beziehen. Das trifft auf die Wehrmacht zu und eben auf die Reichswehr und ähnliches mehr. Also wir haben hier Zusammenhänge, die grob wie Klötze nebeneinander gestellt werden. Das ist unnötig. Also jedes Geschichtswissen, jeder Anfänger am früheren Militärgeschichtlichen Forschungsamt oder am Militärmuseum würde diese Sätze völlig umformulieren und streichen.“

### Flocken

Der Appell des Militärhistorikers fand offenbar Gehör. Der Traditionserlass wurde schließlich noch einmal überarbeitet. Die NVA als Organisation wird zwar weiterhin als nicht traditionswürdig erachtet - weil sie maßgeblich zur SED-Herrschaftssicherung beigetragen hat.

Allerdings wird jetzt ihre Rolle während der friedlichen Revolution 1989 gewürdigt. Die NVA sei damals nicht gegen das „Freiheitsstreben der Bevölkerung“ vorgegangen, heißt es nun in dem im März in Kraft gesetzten Erlass. Gestrichen wurde zudem der unsägliche Begriff „Armee der Einheit“, der noch im ersten Entwurf benutzt wurde.

### Hagen

In 50 Jahren von Streitkräfte und Strategien kam die Sendereihe nicht umhin, auch Skandale der Bundeswehr aufzugreifen. Denn die deutschen Streitkräfte machten regelmäßig auch Negativschlagzeilen. Heute ist nur noch wenigen die sogenannte Roeder-Affäre in Erinnerung. An der Führungsakademie, der höchsten Ausbildungsstätte der Bundeswehr, wurde 1995 der Rechtsextremist Manfred Roeder zu einem Vortrag eingeladen. Und keiner der Zuhörer wollte den Mann gekannt haben. Dabei war Roeder zuvor wegen seiner Aktivitäten bereits rechtskräftig verurteilt worden.

1976 hatte bereits ein Lehrgangsteilnehmer aus Chile an der Führungsakademie für Schlagzeilen gesorgt. Oberstleutnant Helmut Kraushaar verteidigte in einer Rede vor Bundeswehroffizieren den Militärputsch von General Pinochet. Der gestürzten Regierung von Salvador Allende warf er vor, die Ermordung von Offizieren und Oppositionellen geplant zu haben.

### Flocken

Streitkräfte und Strategien beschäftigten sich außerdem natürlich mit dem Gorch-Fock-Skandal und seinen Folgen. Eine Kadettin war aus der Takelage gestürzt und tödlich verunglückt. Zuvor musste die junge Frau gleich mehrmals zusammen mit ihren Kameraden aufentern. Schnell stellte sich heraus, dass bei der Ausbildung auf dem Vorzeigeschiff der Deutschen Marine vieles im Ar-

gen lag. Die Öffentlichkeit hatte den Eindruck, dass die Streitkräfte kein allzu großes Interesse an der Aufklärung der Affäre hatten, obwohl die Marineführung genau das Gegenteil behauptete.

### Hagen

Die Marine legte schließlich einen Bericht vor, der zu dem Ergebnis kam, die erhobenen Vorwürfe hätten sich im Großen als nicht haltbar erwiesen. Dabei warf der Bericht zahlreiche Fragen auf. Im Verteidigungsausschuss distanzierte sich der Staatssekretär des Verteidigungsministeriums praktisch von dem Untersuchungsbericht. Das Verteidigungsministerium mache sich den Bericht nicht zu eigen, so damals die Formulierung von Staatssekretär Wolf. Ein einmaliger Vorgang und zugleich eine Ohrfeige für den Marineinspekteur Axel Schimpf, der den Report weitergeleitet hatte. Die Bundestagsabgeordneten waren verwundert. Und der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour, schimpfte:

### O-Ton Nouripour

„Wir haben hier einen Bericht zu den Vorkommnissen auf der Gorch Fock bekommen. Jetzt sagt die Bundesregierung: Wir haben mit dem Bericht überhaupt nichts zu tun. Das war nur die Leitung der Marine.“

### Flocken

Der Kommandant der Gorch Fock war zuvor bereits abgelöst worden. Zu Unrecht, wie viele Marine-Offiziere bis heute meinen. Dem Segelschulschiff drohte die Ausmusterung. Die Marine und die einflußreiche Gorch-Fock-Lobby konnte ein solches unrühmliches Ende des Dreimasters dann aber doch noch einmal verhindern. „Falscher Korps-Geist und schlechtes Krisenmanagement?“, so lautete damals der Titel eines Beitrages in Streitkräfte und Strategien. Es ging dabei um den - trotz aller Transparenz-Bekundungen - unter Verschluss gehaltenen Gorch-Fock-Untersuchungsbericht des damaligen Konteradmirals Horst-Dieter Kolletschke.

### Hagen

Er gab einen tiefen Einblick in die Denke der Marineführung. So hatte der Admiral keine Probleme mit der sogenannten Heizerleine im Maschinenraum der Gorch Fock. Es ging um eine Wäscheleine mit Damenslips, die Besat-

zungsmitglieder über Jahre hinweg von Landgängen mitgebracht haben sollen, quasi als Trophäen-Sammlung. Für die Untersuchungskommission nicht mehr als ein - so wörtlich - „traditioneller Spaß“. In dem Bericht war zu lesen:

#### Zitat Kolletschke-Bericht

„Zwar entspricht die Leine nicht den Maßstäben der ‚political correctness‘, [sie] stellt aber gerade für die Soldaten der Schiffstechnik ein zusammenhaltsförderndes Element dar, welches in der Abwägung unter Führungsaspekten nicht zu beanstanden ist und als ‚Brauchtumsstück‘ betrachtet werden muss.“

Der Kolletschke-Bericht sah keinen Handlungsbedarf, obwohl eingeräumt wurde, dass sich Offiziersanwärterinnen durch die Wäscheleine gestört fühlten.

#### Flocken

Viele Fragen warf auch der Tod von zwei Marine-Soldaten der Fregatte MECKLENBURG-VORPOMMERN vor 16 Jahren bei einer Übung in der Ostsee auf. Die Sendereihe Streitkräfte und Strategien hat gleich mehrmals über dieses Unglück berichtet. Ein Speedboot der Royal Navy, das mehrere Soldaten von einer benachbarten britischen Fregatte zurückbringen sollte, war gekentert. Die Rettungsaktion wurde zum Fiasko. Am Ende waren zwei deutschen Soldaten tot. Und das lag nicht allein an den offenbar unzureichenden Rettungswesten der Deutschen Marine.

#### Hagen

Umstritten war zudem das Verhalten des Kommandanten der MECKLENBURG-VORPOMMERN während des Unglücks. Der Fregattenkapitän hatte damals entschieden, die eigenen Rettungsboote nicht einzusetzen. Um nicht noch mehr Soldaten zu gefährden – so lautete damals seine Begründung. Daraufhin eskalierte die Stimmung auf dem Schiff – von „Meuterei-ähnlichen Zuständen“ war die Rede.

### Flocken

Der mögliche Hintergrund für die Entscheidung des Kommandanten: Es gab Zweifel an der Einsatzfähigkeit der Rettungsboote der deutschen Fregatte. Das Motorrettungsboot auf der einen Seite durfte nur bis 1 Meter 50 Wellenhöhe ins Wasser. Das Speedboot auf der anderen Seite hing an einem nicht funktionierenden Kran.

### Hagen

Damit die Fregatten der Baureihe 123 damals trotzdem auslaufen durften, schickte das Verteidigungsministerium ständig neue Ausnahmegenehmigungen. In dem Streitkräfte und Strategien-Beitrag war der Schiffbau-Sachverständige aus Wilhelmshaven, Dieter Becker, über solche Zustände empört:

### O-Ton Becker

„Also wer die ausgestellt hat – das kann ich überhaupt nicht fassen. Das ist unmöglich. Hier steht wortwörtlich: Diese Fregatte darf ohne einsatzbereite Bootsaussetzvorrichtung für das Motorboot See am Seeverkehr teilnehmen. Das ist sogar schriftlich bescheinigt. Das gibt's in der ganzen internationalen Schifffahrt nicht. Wenn meine Rettungsboote nicht in Ordnung sind und das wird festgestellt von einer Port State Control zum Beispiel, dann bleibe ich da so lange liegen, bis das Ding in Ordnung ist. Die Schiffssicherheit in punkto Rettungsmittel also, das ist wahrscheinlich ein Thema, das man bei der Marine gar nicht kennt.“

Die Marine zog schließlich Konsequenzen aus dem Unglück. U.a. wurden Rettungswesten verbessert, neue Kälteschutzanzüge eingeführt.

### Flocken

Ein Dauerthema der Bundeswehr, und damit auch für die Sendereihe Streitkräfte und Strategien, ist die Innere Führung. Das Konzept mit seinem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform soll die Streitkräfte auf Recht und Gesetz verpflichten. Nie wieder sollten sich Soldaten, wie bei der Wehrmacht, auf einen Befehlsnotstand berufen dürfen. Als Begründer der Inneren Führung gilt der ehemalige Wehrmachtsoffizier Wolf Graf von Baudissin.

Er machte in der Bundeswehr Karriere, brachte es zum Drei-Sterne-General. Danach machte sich Graf Baudissin aber auch als Konfliktforscher einen Na-

men. 1971 war er Gründungsdirektor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

### Hagen

Nicht zuletzt die räumliche Nähe zum NDR führte dazu, dass er so manches Mal ins Funkhaus kam – für ein Interview mit Streitkräfte und Strategien oder um einen Beitrag aufzunehmen – vornehmlich zum Stand der Inneren Führung. Es gab nämlich in der Bundeswehr immer wieder beharrliche Kräfte, die die Innere Führung als ein Hindernis für eine kriegsnahe Ausbildung gesehen haben. Dem widersprach Graf Baudissin regelmäßig. Er befürchtete, die Bundeswehr könnte sich in der Gesellschaft isolieren. Vom Dauerstreit zwischen den sogenannten Traditionalisten und Reformern in der Bundeswehr war immer wieder die Rede. Und in den 1960er Jahren waren die Reformer in der Defensive. In einem Streitkräfte und Strategien-Interview setzte Graf Baudissin 1969 daher große Erwartungen in den neuen Verteidigungsminister Helmut Schmidt:

### O-Ton Graf Baudissin

„Ich hoffe es sehr. Denn er müsste als Sozialdemokrat für diese - möchte ich sagen - strukturellen Probleme, auch mit ihrer politisch-gesellschaftlichen Bedeutung, sehr viel mehr Verständnis haben als die meisten seiner Vorgänger. Vor allen Dingen sollte er eigentlich frei sein von Traditionen, die uns den Blick auf diese Wirklichkeit verstellen. So kann ich nur sagen. Ich hoffe dass er hier einen Teil seiner Aufgabe hier sieht.“

### Flocken

Verteidigungsminister Helmut Schmidt sah in der Tat Handlungsbedarf. Er verordnete der Bundeswehr eine Bildungsreform. Angehende Offiziere sollten eine akademische Ausbildung bekommen. In Hamburg und München wurden zwei Hochschulen der Bundeswehr gegründet. Dafür gab es damals gleich mehrere Gründe, erinnert sich Wolfgang Gessenharter vor einigen Jahren im Gespräch mit Streitkräfte und Strategien. Der Politikwissenschaftler gehörte damals zu den ersten Professoren der Hamburger Bundeswehrhochschule:

### O-Ton Gessenharter

„Eine ganz wichtige Motivation war, dass Ende der 60er, Anfang 70er Jahre das Aufkommen von Nachwuchs in der Bundeswehr sehr, sehr stark abnahm. Man wollte daher den Offiziersberuf attraktiver machen. Das war eine wichtige Sache. Der zweite wichtige Punkt war, dass man feststellte, dass es in der Bundeswehr eine Tendenz gibt, sich den gesellschaftlichen Entwicklungen zu widersetzen, oder ihnen nicht nachzukommen. Und dazu gehört nun einfach mal auch eine Verwissenschaftlichung. Und ein dritter Punkt war, dass man auch die Innere Führung stärken wollte. Also, dass die Bundeswehr nach einem bestimmten Konzept vorgeht. Man sagte, hier muss einfach ein neuer Geist in die Bundeswehr reinkommen.“

### Hagen

Ein neuer Geist wurde also gefordert - denn in der Truppe gewannen die sogenannten Traditionalisten zunehmend an Einfluss. Claus von Rosen, Nachlassverwalter von Graf Baudissin, dem geistigen Vater der Inneren Führung, und regelmäßiger Autor und Interviewpartner von Streitkräfte und Strategien, nennt rückblickend als Beispiel den Traditionserlass von 1965 und seine Folgen:

### O-Ton von Rosen

„Der war ja nicht ganz verkehrt. Aber da leuchteten einige Dinge durch, die dann später zur Rudel-Affäre geführt haben. Rudel war der höchstausgezeichnete Ritterkreuzträger gewesen – ein Flieger. Er wurde von einem Verband der Bundeswehr quasi eingeladen und dort hofiert. Das war eine Sache, die im Traditionserlass nicht ganz auszuschließen war. Diesen Fehler hat der Traditionserlass gemacht. Das war sicher ein Werk, wo Gedanken dieser Traditionalisten sich haben durchsetzen können.“

### Flocken

Unter Verteidigungsminister Helmut Schmidt sollte sich daher vieles ändern – u.a. durch den Aufbau von Bundeswehrhochschulen. Die neue Entwicklung passte damals vielen Offizieren nicht. Es gab Widerstand gegen das Bildungskonzept, wie sich Professor Wolfgang Gessenharter erinnert:

### O-Ton Gessenharter

„Die Begeisterung war ursprünglich überhaupt nicht groß, weil man sofort von verschiedener Seite ein Theorie/Praxis-Problem aufbaute. Universitäten könnten nur Theorie bringen, aber für einen richtigen Offizier und für einen richtigen militärischen Führer sei die Praxis das alles Überwiegende. (...) Dies äußerte sich dahingehend, dass die jungen, bei uns anfangenden Soldaten oft sagten, sie wären eigentlich genau deswegen gerne zur Bundeswehr gegangen, um in höhere Ränge aufzusteigen, ohne ein lähmendes oder langweilendes Studium machen zu müssen. Und bei den älteren Offizieren war das so, dass die gesagt haben: ein guter Offizier, der muss die Leute über den Rinnstein führen kön-

nen, so hieß das oft. Und der muss nicht allzu viele theoretische Sachen im Kopf haben. Und es gab manchmal eine, nicht nur unter der Hand, ziemlich negative Interpretation dieser neuen Universität.“

### Hagen

Inzwischen ist das Studium an einer der beiden Bundeswehr-Universitäten für alle Offiziere eine Selbstverständlichkeit. Anfangs war das aber nicht so. Thomas Ellwein, der erste Präsident der Hamburger Bundeswehrhochschule, war maßgeblich an der Ausarbeitung des Bildungskonzeptes beteiligt. Ellwein versuchte sicherzustellen, dass das Studium der Offiziere nicht als Teil der militärischen Ausbildung angesehen wurde. Das war allerdings nicht immer einfach, wie er in einem Interview beklagte. Der damalige Redaktionsleiter von Streitkräfte und Strategien, Karl-Heinz Harenberg befragte 1976 Professor Thomas Ellwein, zum Ende seiner Amtszeit in Hamburg:

### O-Ton Harenberg /Ellwein

„Wenn man in die einschlägige Literatur sieht, dann mehren sich ja jetzt wieder die Forderungen, dass die Hochschulen militärischer ausgerichtet sein müssen. Dass da zu viel zivile Wissenschaft getrieben würde. Glauben Sie also, dass sich das zivile Konzept der wissenschaftlichen Hochschule der Bundeswehr durchgesetzt hat oder könnten Sie sich vorstellen, dass es da doch noch einmal einen Rückschlag gibt, der das militärische Element sehr viel stärker – mehr als Sie es sich wünschen – wieder ins Spiel bringt?“ // „Herr Harenberg, niemand kann politische Rückschläge ausschließen und ich kann natürlich nicht davon ausgehen, dass unter allen Umständen in den nächsten Jahren politisch vernünftig gehandelt wird. Aber ich muss noch einmal sagen: Das Konzept ist ganz eindeutig. Es ist kein Konzept hier zivil, dort militärisch, sondern das ist ein Konzept, das darauf hinausläuft, dass die Masse aller künftigen Offiziere zunächst einmal Offiziere auf Zeit sind, und dass erst im Laufe der zwölf Jahre dieses Zeitsoldaten-Status entschieden wird, wer davon Berufsoffizier wird. Solange man das nicht vorher entscheidet, ist es sinnlos eine Ausbildung zu bieten, die zum Schluss ausschließlich auf den Beruf des Offiziers hinausläuft. Deswegen habe ich immer Militärwissenschaften abgelehnt. Denn das würde bedeuten, dass vor dem Studium festgestellt wird, dieser oder jener wird Berufsoffizier, deswegen studiert er Militärwissenschaft. Und deswegen halte ich es für einen Unsinn, Wehrtechnik zu betreiben. Denn Wehrtechnik bedeutet, dass der Mann dann nur in der Bundeswehr beschäftigt werden kann. Und das ist genau die Infragestellung des Konzepts.“

### Flocken

Nach dem Konzept der Inneren Führung sind Soldaten Staatsbürger in Uniform. D.h. sie haben auch das Recht, ihre Meinung zu äußern. Aber in der Praxis halten sich die Soldaten weitgehend zurück, insbesondere die Generalität -



obgleich sie durchaus ihre Meinung zu politischen Entwicklung auch öffentlich sagen könnte. Aber das kommt eher selten vor – Äußerungen könnten ja die eigene militärische Karriere gefährden.

### Hagen

Für Aufsehen sorgte 1983 die Entlassung des Vier-Sterne-Generals Günter Kießling. Grund waren Gerüchte, er sei homosexuell und damit erpressbar. Verteidigungsminister Manfred Wörner hatte den Fall zur Chefsache gemacht. Doch Kießling war nicht schwul und musste wenig später rehabilitiert werden. Die deutschen Spitzenmilitärs schwiegen zum katastrophalen Krisenmanagement ihres Verteidigungsministers. Vollkommen zu Unrecht, fand damals der frühere deutsche NATO-General Gerd Schmückle. Er kritisierte in Streitkräfte und Strategien insbesondere den damaligen Generalinspekteur Wolfgang Altenburg:

### O-Ton Schmückle

„Ich bin auch erschrocken, als ich die Äußerungen Altenburgs im Fernsehen gesehen habe. Es ist natürlich undenkbar, dass eine Generalität widerspruchslos die Demütigung eines ihrer Kameraden hinnimmt und hier nicht scharfe und eindeutige Aufklärung verlangt. Im Übrigen war es ja altpreußische Tradition, dass auch dem König widersprochen werden durfte. Die Generale Friedrich des Großen haben ihre Säbel auf den Marmorboden des Schlosses von Sanssouci gestoßen, wenn der alte Herr dummes Zeug daherredete oder etwas sagte, was ihnen nicht passte. Und das fand ich immer wunderbar, dass in dieser preußischen Tradition - ich bin ja Schwabe, ich stehe dem ja distanziert gegenüber - dass in dieser preußischen Tradition, dieser Mut vor Königsthronen immer akzeptiert wurde, auch von den Königen akzeptiert wurde. Und dass wir heute zurückfallen sollen hinter diese Entwicklung, das halte ich für ganz ausgeschlossen. Hier muss einfach ein klares Wort mit dem Minister geredet werden. Der ist doch auch nichts anderes als ein Bürger. Der ist Minister auf Zeit in unserer Demokratie. Im Schwabenland würde man sagen, der wäre Ministerle. Also hier brauchen wir doch nicht so tun, als wäre hier ein, gewaltiger Staatsmann aufgestanden, der nun walten und schalten kann, wie es ihm gerade beliebt. Nein – der Widerspruch des Bürgers, auch des Staatsbürgers in Uniform, ist gerade dann nötig, wenn der Eindruck zumindest entsteht, dass es dem Minister mehr um die Rettung seine Kopfes geht als um Gerechtigkeit.“

Der Streitkräfte und Strategien-Autor Claus von Rosen hält die Kritik von Schmückle an dem damaligen Generalinspekteur für übertrieben:

### O-Ton von Rosen

„Wenn man öffentlich den Minister schilt, dann muss man auch wissen, dass man dann zurückzutreten hat, für den Fall, dass der Minister sagt, das geht mir zu weit. Und ich glaube, Altenburg hat da eine Abwägung getroffen, die zu vertreten ist.“

### Flocken

Soldaten wird oft mangelnde Zivilcourage vorgeworfen. Sie schweigen in der Öffentlichkeit, obwohl in manchen Situationen auch mal klare Worte angebracht sind. Dabei hatte Bundespräsident Köhler vor elf Jahre zum 50. Jahrestag der Führungsakademie insbesondere die Spitzenoffiziere aufgefordert, in der Öffentlichkeit durchaus zu Problemen Stellung zu nehmen:

### O-Ton Köhler

„Die Soldatinnen und Soldaten erwarten von ihren militärischen Führern auch Klartext nach ‚oben‘ und ‚außen‘: hin zu den außen- und verteidigungspolitisch Verantwortlichen, hin zur Öffentlichkeit. Über die Notwendigkeit von Auslandseinsätzen zum Beispiel entscheidet das Parlament, aber es sollte ruhig erfahren, dass sich darüber auch die Soldatinnen und Soldaten ihre Gedanken machen, vor allem wenn sie erleben, dass in einem Einsatzgebiet auch nach Jahren noch keine nennenswerten Fortschritte erzielt wurden oder dass die Zeit, die ihr Einsatz kauft, nicht für den energischen zivilen Aufbau genutzt wird. Da soll Stabsausbildung eben auch ihren Nutzen erweisen: bei der ebenso höflichen wie unmissverständlichen Meldung, was im Argen liegt.“

### Hagen

Der Appell des Bundespräsidenten ist insbesondere bei Generälen auf taube Ohren gestoßen. Sie verstecken sich in der Regel hinter dem Primat der Politik. Dabei sind auch Spitzenoffiziere Staatsbürger in Uniform. Für Claus von Rosen, dem Nachlassverwalter von Graf Baudissin – also dem geistigen Vater der Inneren Führung – ist dieses Schweigen ein Grundproblem in der Bundeswehr:

### O-Ton von Rosen

„In den letzten 30 Jahren hat sich das leider so entwickelt, dass diese sogenannte ‚Klartext‘-Reden nach außen hin sehr, sehr wenig wahrgenommen wird. Die Soldaten haben aber immer unter dem Verdikt gestanden, dass sie – wenn sie Klartext reden, dieses so sagen müssen, dass sie es nicht in der Öffentlichkeit als Soldaten tun. Und zum anderen: Wenn der Minister es nicht will, und sie sich dabei vergaloppieren, dass sie auch dafür bestraft werden können. (...) Diese Grundkonzeption ist in den letzten 30 Jahren in eine so falsche Richtung entwickelt worden, (...) Von daher ist diese Entwicklung sehr zu bedauern.“

### Flocken

Aber auch hier gilt. Keine Regel ohne Ausnahme. Es gibt durchaus Beispiele, dass Generäle den Mund aufgemacht haben. Die Folge war allerdings fast immer, dass sie vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden sind. Generalinspekteur Harald Wust reichte 1978 seinen Rücktritt ein, aus Protest gegen den Umgangstil von Verteidigungsminister Hans Apel. Der Luftwaffengeneral damals in der Sendereihe Streitkräfte und Strategien:

### O-Ton Wust

„Der auslösende Punkt ist für mich gewesen, Herr Harenberg, dass ich mich seit über vier Wochen bemüht habe, dem Minister persönlich länger vorzutragen in grundsätzlichen Fragen. Der Minister hat keine Zeit für mich gehabt, wobei ich hinzufügen muss - und das war dem Minister mitgeteilt worden - ich habe für dieses Gespräch auch im Urlaub zur Verfügung gestanden. Hierzu muss ich grundsätzlich sagen: Ein Generalinspekteur, der nicht mehr die Möglichkeit hat, seinen Minister jederzeit zu sprechen - auch in dringenden Angelegenheiten zu sprechen -, Herr Harenberg, der kann seine Aufgabe nicht mehr durchführen.“

### Hagen

Der Rücktritt eines Generals als Zeichen des Protests? Es gibt nicht wenig Soldaten, die sich das in manchen Situationen durchaus gewünscht hätten. In der Bundeswehr ist das bisher aber mit wenigen Ausnahmen kaum vorgekommen. Anlässe hätte es dabei genug gegeben. Z.B. die gegenwärtige Ausrüstungsmisere der Bundeswehr, deren drastische Folgen jetzt auch für die breite Öffentlichkeit sichtbar geworden sind. Denn die Bundeswehr ist inzwischen nur noch bedingt einsatzbereit.

### Flocken

Die Defizite wurden aber jahrelang von der militärischen Führung in der Öffentlichkeit beschönigt. Ein Heeresinspekteur nannte noch vor kurzem das Deutsche Heer „Weltklasse“. Dabei hätte er wissen müssen, dass es mit vielen Dingen nicht zum Besten bestellt war, insbesondere dass die Truppe darüber klagte, dass die Verbände durchschnittlich nur noch über höchstens 70 % ihrer Ausrüstung verfügten, aufgrund der vor einigen Jahren verordneten Sparpolitik.

Für Claus von Rosen, der sich in dieser Sendereihe vor allem mit Fragen der Inneren Führung beschäftigt hat, hätten Spitzenoffiziere angesichts der Materi-

al- und Ausrüstungsmängel der Bundeswehr durchaus ein Zeichen setzen können:

#### O-Ton von Rosen

„Ich bin der Meinung – ja – dass zeichnete sich seit langer Zeit ab, dass die Rüstungslage schwierig wurde und aus verschiedenen Gründen kaum noch händelbar war. Und diejenigen Generale, die damit zu tun hatten, hätten wirklich früher die Stimme erheben müssen, bis hin dass sie sagen, so nicht. Und also, ich lege mein Amt nieder.“

Das ist aber nicht geschehen. Die dramatischen Folgen sind jetzt für jedermann sichtbar.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und der Deutschen Einheit wurden Auslandseinsätze die Hauptaufgabe der Bundeswehr. Die deutschen Streitkräfte wurden umgebaut. Aus der Bundeswehr, die jahrzehntelang der Abschreckung und Kriegsverhütung diente, wurde eine Einsatzarmee. Und Soldaten im Auslandseinsatz müssen auch kämpfen können.

#### Hagen

Mit den Auslandseinsätzen sind aber auch die Zweifel an der Inneren Führung gewachsen. Insbesondere jüngere Soldaten können inzwischen immer weniger mit dem Konzept anfangen. So sieht es nicht nur Marcel Bohnert. Der Major, der u.a. als Kompaniechef im Auslandseinsatz war, hat diese Unzufriedenheit der Soldaten in mehreren Büchern thematisiert:

#### O-Ton Bohnert

„Ich war 2010 das erste Mal bei einer Erkundung in Afghanistan in Kundus in einem Außenposten und habe dort kampferfahrene Fallschirmjäger gesehen, und hatte das Gefühl, dass die mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform, das die Innere Führung ja vorgibt, wirklich nichts mehr zu tun hatten.“

Der Streit, ob die Innere Führung noch zeitgemäß ist, ist also inzwischen wieder aufgeflammt.

### Flocken

Für den Baudissin-Nachlassverwalter Claus von Rosen ist diese Kritik allerdings nicht berechtigt. Der frühere Oberstleutnant hält auch die von vielen geforderte Reform der Inneren Führung für wenig zielführend:

### O-Ton von Rosen

„Die jungen Offiziere sind noch sehr jung. Sie haben noch keine Erfahrungen. Sie haben noch keine scharfen Schüsse erlebt, als sie diese Meinungen äußerten. Sie haben von daher Gesprächsbedarf, Diskussionsbedarf, Lernbedarf, Selbstfindungsbedarf, Findungsbedarf: Was ist denn überhaupt unser Auftrag über das rein militärisch-Kämpferische hinaus. Im Militär gibt es auch noch viele andere Schwerpunkte. Ohne den gesamten Grundbetrieb liefen nach wenigen Tagen nichts mehr, wenn draußen gekämpft werden muss. Er muss genauso im Griff sein. Das sind alles Fragen, die die jungen Offiziere noch nicht im Griff haben und noch nicht sehen können. Und insofern - ja - sie haben ihre Fragen, aber sie müssen noch lernen.“

### Hagen

Für den Buchautor und Offizier Marcel Bohnert ist die Innere Führung heute keineswegs ein Exportschlager, wie das Verteidigungsministerium immer wieder gerne behauptet. Im Gegenteil: Soldaten anderer NATO-Staaten würden auf die Innere Führung eher skeptisch und fragend blicken.

Das sieht der Nachlassverwalter von Graf Baudissin ähnlich. Claus von Rosen hält das Konzeptes der Innere Führung nicht für eine Blaupause für andere Staaten:

### O-Ton von Rosen

„Marcel Bohnert hat an der Stelle vollkommen Recht. Innere Führung ist kein Exportschlager. Innere Führung basiert auf einer bestimmten Konstellation nach 1945 in Deutschland, als die Bundeswehr als eine Armee in einem NATO-Bündnis aufgebaut werden sollte. Und dafür hat sie Antworten gegeben, die deutlich kontrastiert waren zudem, was es als Antworten bis 1945 gegeben hatte. Diese Entwicklung damals haben andere Staaten nicht so leidvoll nachvollziehen müssen.“

Von Rosen weist aber darauf hin, dass andere Streitkräfte durchaus einige Elemente des Konzeptes Inneren Führung übernommen hätten.

## Flocken

Regelmäßig hat sich Streitkräfte und Strategien mit rechtsextremistischen Vorfällen in der Bundeswehr auseinandergesetzt – zuletzt mit dem Fall des mutmaßlich rechtextremistischen Oberleutnants Franco A., der ein Doppelleben führte und sich gegenüber den deutschen Behörden als syrischer Flüchtling ausgegeben hatte. Ein Einzelfall? Oder ist die Bundeswehr möglicherweise ein Sammelbecken für potenzielle Rechtsextremisten? Der Baudissin-Nachlassverwalter Claus von Rosen:

## O-Ton von Rosen

„Theoretisch ja. Das haben wir immer schon gehabt, dass rechts eingestellte Leute eher zur Bundeswehr gehen, als Linkseingestellte. Und je mehr Rechtsingestellte und weniger Linkseingestellte desto attraktiver wird die Bundeswehr dann auch für Rechtsextreme. Insofern – ja die Gefahr ist da. Und man kann in der Bundeswehrgeschichte immer wieder Dinge finden, wo man sagt: Hoppla. Da ist zu viel. Und da muss man genau hingucken. Und ich denke nur an den Fall Franco A. Dass dieser Mann eine Magisterarbeit geschrieben hat, von der der französische Vorgesetzte gesagt hat, der Mann würde bei uns sofort rausfliegen - und alle deutschen Vorgesetzten sagten: geben wir dem doch noch mal eine Chance. Franco A. hätte wegen dieser klaren Äußerungen sofort aus dem Dienst entlassen werden müssen.“

## Hagen

Klar ist aber, dass sich inzwischen auch viele sehr konservativ denkende junge Leute von der Bundeswehr mit ihren klaren Strukturen angezogen fühlen. Ihrer Meinung nach sollte die Bundeswehr in der Öffentlichkeit viel selbstbewusster als bisher auftreten. So berichtete Streitkräfte und Strategien vor einigen Jahren über eine Gruppe von jungen Offizieren an der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität, die sich für eine Parade-Uniform einsetzte – eine Uniform, mit der man sich aus ihrer Sicht bei feierlichen Anlässen auch im Kreise der NATO-Verbündeten sehen lassen könne. Gefordert wurde zudem die Einführung eines Offizierssäbels. Der Dienstanzug der Bundeswehr wurde als viel zu schlicht und zu wenig repräsentativ angesehen – z.B. im Vergleich zur Paradeuniform der französischen Offiziere. Der damalige Leutnant der Luftwaffe Andreas Ruf:

### O-Ton Ruf

„Da fühlt man sich doch etwas – ich sag‘ doch mal – unschick. Man weiß zwar, man kann was, ganz klar. Aber man fühlt sich einfach in der eigenen Identität als deutscher Soldat, als deutscher Offizier in meinem Falle, einfach nicht repräsentiert genug.“

### Flocken

Die Gruppe um den jungen Offizier hatte konkrete Vorstellungen von der Paradeuniform für die Bundeswehr. Ihr Wortführer hatte bereits für ein paar hundert Euro ein Muster schneiden lassen.

### O-Ton Ruf

„Sie ist im Grundton schwarz, mit roten Nähten. Sie ist als Waffenrock geschnitten, ist also etwas länger als unsere momentane Uniform. Sie hat Ärmelaufschläge, sie hat einen Stehkragen. Und hier ganz wichtig sind die 16 Knöpfe an der Vorderseite der Uniform, die halt an die 16 deutschen Bundesländer erinnern.“

Die Parade-Uniform sollte sich am sogenannten Lützower Freikorps orientieren – einer Truppe, die Anfang des 19. Jahrhunderts gegen die napoleonische Besatzung gekämpft hatte.

### Hagen

Ein junger Offizierskamerad, ebenfalls Leutnant, führte noch ein weiteres Argument für die Paradeuniform an:

### O-Ton Bitterberg

„Natürlich befindet sich die Bundeswehr zunehmend auch in Konkurrenz mit zivilen Unternehmen und muss sich aus diesem Grunde auch wirklich Gedanken darüber machen, wie sie in diesem Umfeld mit der Konkurrenzsituation umgeht. Und wenn viele Träger dieses Dienstanzugs mit diesem unzufrieden sind, muss man sich auch Gedanken darüber machen, was man verbessern kann.“

Der von den jungen Offizieren beim Verteidigungsministerium ganz offiziell auf den Dienstweg eingebrachte Antrag wurde schließlich abgelehnt. Dem Ministerium war der ganze Vorgang offenbar peinlich. Eine von Streitkräfte und Strategien damals angestrebte Umfrage an der Führungsakademie zu diesem Thema wurde ohne Begründung abgelehnt.

### Flocken

Neben der Inneren Führung wurden in der Sendereihe Streitkräfte und Strategien immer wieder die Auslandseinsätze der Bundeswehr thematisiert. Denn nach der deutschen Einheit war das die neue Hauptaufgabe der Bundeswehr. Schließlich war Deutschland nach dem Fall der Mauer von Freunden umzingelt – so hieß es damals. Das Problem war nur, dass die Bundeswehr auf diese neue Aufgabe nur unzureichend vorbereitet war. Auch noch Ende 2001, als die ersten Bundeswehr-Soldaten zu ihrem Afghanistan-Einsatz aufbrachen, um nach den Terror-Anschlägen vom 11. September in New York und Washington Solidarität mit den USA zu üben. Es dauerte mehr als eine Woche, bis eine kleine Gruppe von Soldaten den Hindukusch erreichte.

### Hagen

Verteidigungsminister Peter Struck verkündete später, von nun an sei das Einsatzgebiet der Bundeswehr die ganze Welt. In die Geschichtsbücher ging schließlich folgender Ausspruch des SPD-Politikers ein:

### O-Ton Struck

„Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Eine Aussage, mit der die Bundesregierung den Afghanistan-Einsatz gegenüber der Bevölkerung zu begründen versuchte. Denn Fortschritte waren bei der Afghanistan-Mission kaum erkennbar und der Rückhalt in der Heimat bröckelte zunehmend. Die Struck'sche Begründung hat mit der Realität allerdings wenig zu tun. Denn von den Taliban und den anderen Aufständischen geht keine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit Deutschlands aus. Der Einsatz der Bundeswehr erfolgte vielmehr aus Solidarität mit den USA, nach den Terrorangriffen vom 11. September. Bündnispolitische und nicht sicherheitspolitische Gründe waren daher für die Afghanistan-Mission der Bundeswehr maßgeblich.



## Flocken

2003 griffen die USA unter Georg W. Bush ohne UN-Mandat den Irak an, weil der Diktator Saddam Hussein angeblich im Besitz von Massenvernichtungswaffen war. Die rot-grüne Bundesregierung lehnte eine Beteiligung am Irak-Krieg ab. Da half in gewisser Weise der Afghanistan-Einsatz, konnte die Bundesregierung doch betonen, sie konzentrierte sich voll auf den Hindukusch. Berlins Devise war: Lieber Kabul statt Bagdad.

Deutsche Auslandseinsätze dürfen nur auf klarer völkerrechtlicher Grundlage erfolgen. 1994 hatte das Bundesverfassungsgericht zudem festgestellt, dass bei einem bewaffneten Einsatz, die Zustimmung des Bundestages notwendig ist. Seitdem wird immer wieder bekräftigt, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist.

## Hagen

Der Kosovo-Krieg der NATO 1999 erfolgte allerdings ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats. Trotzdem beteiligte sich die Bundeswehr an diesem Luftkrieg – mit Zustimmung des Bundestages. Der Krieg war eine Zerreißprobe für die gerade ins Amt gekommene rot-grüne Bundesregierung – insbesondere für die Grünen und den damaligen Außenminister Joschka Fischer.

Statt von einem Angriffskrieg war von einer humanitären Intervention die Rede. Verteidigungsminister Scharping sprach von einer systematischen Vertreibung der Kosovo-Albaner durch die Serben. Als Beleg wurde der sogenannte „Hufeisenplan“ präsentiert. Doch daran hatte der ehemalige Bundeswehr-General Heinz Loquai in einem Beitrag für die Sendereihe Streitkräfte und Strategien erhebliche Zweifel. Der frühere militärische Berater der deutschen OSZE-Vertretung in Wien kam damals zu dem Schluss. Zitat:

## Zitat Loquai

„Das Bekanntmachen eines solchen Planes kurz nach Beginn der Luftangriffe könnte schon zu denken geben. (...) In keinem Lagevortrag, weder des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums, der NATO in Brüssel oder der OSZE in Wien ist vor dem 24. März von einer großangelegten, systematischen und planmäßigen Vertreibung die Rede gewesen. Noch am 18. März beschreibt das Auswärtige Amt die Lage wie folgt: Die Zivilbevölkerung werde in der Regel vor einem drohenden Angriff des jugoslawischen Militärs gegen

UCK-Kämpfer gewarnt, allerdings sei die Flucht der Zivilbevölkerung vereinzelt durch lokale UCK-Kommandeure unterbunden worden. Das jugoslawische Militär werde nach Beendigung der Kämpfe rasch wieder abgezogen. Danach kehre die Bevölkerung meist in die Ortschaften zurück. Eine Massenflucht in die Wälder sei nicht zu beobachten, so der Bericht des Auswärtigen Amtes vom 18. März. Von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo seien alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen. Vertreibungen und Flüchtlingsströme setzten ein, nachdem die internationalen Organisationen das Kosovo verlassen und die Angriffe begonnen hatten. D.h., der Krieg verhinderte die Katastrophe nicht, sondern machte sie in dem bekannten Ausmaß erst möglich.“

### Flocken

Halbwahrheiten durchzogen auch den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan. Immer wieder war gegenüber der Öffentlichkeit von einer Stabilisierungsmission die Rede, auch in der Phase, als die Bundeswehr bereits in Gefechte verwickelt war, z.B. bei der Operation Harekate Yolo 2. Doch das Wort Kampfeinsatz wollte die Bundesregierung jahrelang nicht in den Mund nehmen. Sehr zum Verdruss der beteiligten Soldaten. Der Hintergrund: Berlin befürchtete, den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung für den unpopulären Afghanistan-Einsatz zu verlieren.

### Hagen

Spätestens der Luftschlag bei Kundus führte der deutschen Öffentlichkeit allerdings vor Augen, dass die Bundeswehr eine aktive Rolle in dem Krieg am Hindukusch spielte. Der Luftangriff auf zwei von Aufständischen entführte Tanklastler wurde von einem deutschen Oberst angeordnet. Zahlreiche Menschen starben, auch viele Frauen und Kinder. Oberst Klein verstieß mit seiner Entscheidung gleich gegen mehrere Einsatzregeln der NATO-geführten ISAF-Truppe. Der umstrittene Luftangriff war gleich mehrmals Thema in der Sendereihe Streitkräfte und Strategien. Bei den Aufklärungsbemühungen machte die Bundesregierung keine gute Figur. Franz Josef Jung war zum Zeitpunkt des tödlichen Luftangriffs Verteidigungsminister. Das nach der Bundestagswahl angetretene neue Amt als Arbeitsminister musste der CDU-Politiker schließlich niederlegen.

## Flocken

Und der neue Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg verteidigte zunächst die umstrittene Entscheidung des deutschen Obersts als „militärisch angemessen“. Wenig später korrigierte sich der CSU-Politiker im Bundestag – allerdings in der für ihn typischen Art:

## O-Ton zu Guttenberg

„Obgleich Oberst Klein – ich rufe das auch den Offizieren zu, die heute hier sind – zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen sowie zum Schutz seiner Soldaten gehandelt hat, war es aus heutiger, objektiver Sicht im Lichte aller auch mir damals vorenthaltener Dokumente militärisch nicht angemessen. Und nachdem ich ohne juristische Wertung – das ist mir wichtig – meine Beurteilung diesbezüglich – rückblickend mit Bedauern – korrigiere, korrigiere ich meine Beurteilung allerdings nicht betreffend meines Verständnisses von Oberst Klein, meine Damen und Herren. Und das ist auch der Grund – und das sage ich auch an dieser Stelle – weshalb ich Oberst Klein nicht fallen lassen werde.“

## Hagen

Der Luftschlag war also eine militärische Fehlentscheidung, durch die zwischen 91 und 140 Menschen getötet worden sind. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt. Und obwohl Oberst Klein gleich mehrere ISAF-Einsatzregeln missachtet hatte, den US-Piloten u.a. vorgaukelte, eigene Kräfte seien bedroht bzw. in Kampfhandlungen verwickelt, wurde gegen den Stabsoffizier kein Disziplinarverfahren von der Bundeswehr eingeleitet. Dabei müssen Soldaten sonst schon bei erheblich kleineren Verfehlungen mit einer Disziplinarmaßnahme rechnen. Dass nach dem Luftschlag darauf verzichtet wurde, das fand sogar der damals für Afghanistan zuständige NATO-Befehlshaber, der deutsche Vier-Sterne-Generals Egon Ramms, erstaunlich.

## Flocken

Stattdessen wurde Georg Klein später zum Brigadegeneral befördert. Gleichzeitig stritt das Verteidigungsministerium lange Zeit kleinlich mit den Angehörigen der Opfer des Luftbombardements über eine angemessene Entschädigung. Hierüber, sowie über den Hintergrund der Beförderung von Oberst Klein wurde ebenfalls in der Sendereihe Streitkräfte und Strategien berichtet.

### Hagen

Mit dem Luftschlag von Kundus beschäftigte sich schließlich auch ein Bundestagsuntersuchungsausschuss. Offen ist bis heute, welche Rolle die ursprünglich geheime Task Force 47 bei dem Luftschlag gespielt hat. Die Soldaten des Kommandos Spezialkräfte KSK hatten im Feldlager Kundus eine eigene Operationszentrale. Oberst Klein führte den Luftangriff von dort aus, und nicht aus der Operationszentrale seines PRT-Wiederaufbauteams. Klein unterliegt nach wie vor der Geheimhaltung. Zum Hintergrund des Luftangriffes gibt es also weiterhin offene Fragen.

### Flocken

Ein Dauerthema der Sendereihe Streitkräfte und Strategien waren immer wieder Rüstungsprojekte. Die Liste ist lang. Sie reicht von den Kampfflugzeugen Tornado und Jäger 90 - wie der spätere Eurofighter zunächst hieß - über das Transportflugzeug A400M und die Kampf- bzw. Transporthubschrauber Tiger bzw. NH90 sowie diverse Marine-Schiffe - unter ihnen der Einsatzgruppenversorger, die Korvette 130 sowie die Fregatte 124 und die U-Boote der Klasse 212A.

### Hagen

Regelmäßig gibt es Probleme mit diesen und anderen Waffensystemen – bis heute. Und es handelte sich dabei nicht um die anfangs durchaus üblichen Kinderkrankheiten. Große Rüstungsprojekte wie Transport- oder Kampfflugzeuge können die europäischen Länder nicht mehr allein entwickeln. Sie sind viel zu teuer. Aber auch die multinationalen Projekte haben erhebliche Nachteile: Fast alle Rüstungsvorhaben werden teurer als geplant, werden zu spät ausgeliefert und schließlich sind die neuen Waffensysteme regelmäßig fehlerhaft und funktionieren nicht richtig.

### Flocken

Bereits vor 16 Jahren zog der langjährige Streitkräfte und Strategien-Autor Hermann Hagen, ein ehemaliger Luftwaffengeneral, aus der Beschaffung des Eurofighters daher folgende Schlussfolgerungen:

### Zitat Hagen

„Drei Dinge kann man aus der Geschichte des Eurofighters für andere Programme lernen: multinationale Programme haben Vorteile, weil sie wirtschaftliche Stückzahlen ermöglichen. Aber die Nachteile sind nicht zu übersehen: Zum einen entstehen aufwendige Managementstrukturen und industrielle Abhängigkeiten vom langsamsten oder schwächsten Partner. Zum anderen gibt es das Bestreben, die bei der politisch-vertraglichen Einigung verlorene Zeit durch unrealistische Terminpläne bei Entwicklung und Produktion wieder aufzuholen. Schließlich ist ein dritter Nachteil das große Beharrungsvermögen einmal in Gang gesetzter Mammut-Rüstungsprogramme. Damit werden angemessene Reaktionen auf Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage – wie den faktischen Wegfall der Bedrohung aus dem Osten - außerordentlich erschwert.“

### Hagen

Diese Lehren gelten auch heute noch. Allerdings werden sie regelmäßig von den politischen und militärischen Entscheidungsträgern verdrängt. Nur so ist es zu erklären, dass große multinationale Rüstungsprojekte wie das Transportflugzeug A400M immer wieder Negativschlagzeilen machen.

### Flocken

Mit dieser düsteren Prognose geht unsere Sondersendung zum 50. Geburtstag der NDR Info Sendereihe Streitkräfte und Strategien zu Ende. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen und nachhören – unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Diesmal als XXL-Sonderausgabe. Mehr zum Jubiläum der Sendung auch auf unserer Internetseite, ebenfalls unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken ihnen dann das Manuskript der aktuellen Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünschen

### Hagen

Joachim Hagen

### Flocken

und Andreas Flocken.